

Commons als transformative Kraft

Zur Einführung

Silke Helfrich und David Bollier

Die alte Welt treibt durch stürmische Zeiten. Sie wirkt wie ein aus dem Ruder gelaufener Tanker in schwerer See. Eine neue Welt ist nicht in Sicht, aber Leuchtfeuer am Horizont weisen in Richtungen, die wir jederzeit einschlagen können, um dem Sturm zu entkommen. Dieses Buch beschreibt sie. Es handelt von unserer Zukunft.

Überall auf der Welt suchen Menschen nach Alternativen zu der überkommenen Ordnung, die sie umgibt: zentralisierte Hierarchien einerseits und entfesselte Märkte andererseits. Diesen Märkten sind die Staaten, am Steuer eines umweltzerstörenden Wachstums stehend, verpflichtet. Die Suche nach Alternativen findet ihren Ausdruck bei den spanischen Indignados, in den sozialen Konflikten Lateinamerikas, in der Occupy-Bewegung und im innovationsberstenden Internet. Menschen wollen sich nicht nur aus Armut oder von schwindenden Teilhabechancen befreien. Sie suchen auch neue Kommunikationsformen, Produktionsweisen und Regeln, die ihnen Stimme geben und Verantwortung zutrauen.

Die bestehende Ordnung bietet keinen plausiblen Weg in die Zukunft. Wir selbst müssen diesen Weg bahnen! Das Buchprojekt, das Sie jetzt in den Händen halten, ist Teil dieses Prozesses. Die Essays dieses Bandes entfalten das Potential der Commons (der Allmende oder Gemeingüter). Sie weisen Wege und Strategien, um unsere Zukunft neu zu denken und selbstbestimmt zu gestalten. Die Beiträge der bewusst aus den unterschiedlichsten Sphären ausgewählten Autorinnen und Autoren aus 30 Ländern bilden drei Kategorien: erstens diejenigen, die unser theoretisches Verständnis der Commons festigen und erweitern; zweitens diejenigen, die eindringlich Kritik an der zunehmend dysfunktionalen Verquickung von Markt und Staat formulieren; drittens diejenigen, die konkrete Ideen und Projekte vorstellen und zeigen, wie innovativ, machbar und attraktiv Commons sind.

Die Beiträge zur Commons-Theorie und zur politischen Ökonomie (Kapitel I) erkunden unter anderem die »Tragik der Anti-Allmende«, die beschreibt, wie übermäßige, fragmentierte Eigentumsrechte Innovation und Kooperation behindern. Sie erläutern die zentralen Unterschiede zwischen »Gemeingütern« und »öffentlichen Gütern« und analysieren die Weisen, wie Commons elementare Prinzipien der Moderne, des Liberalismus und des Rechts herausfordern. Und sie zeigen, wie das Denken in Commons-Kategorien erkennen lässt, dass die Methodik der

Natur selbst die Commons als stabiles und tragfähiges Paradigma nahelegt; ein Paradigma mit »eigenem Betriebssystem« und eigenen Grundmustern, das noch im Verborgenen liegt und erst allmählich identifizierbar und generalisierbar wird.

Die Kritik konzentriert sich auf die Privatisierung und Kommerzialisierung gemeinsam genutzter Ressourcen; auf die Einhegungen der Commons (Kapitel II). Sie gehören zu den großen unerzählten Geschichten unserer Zeit. Einhegung – das bedeutet Entrechtung von Stadtbewohnern, deren Parks und öffentliche Räume in einem unververtretbaren Ausmaß für gewerbliche Zwecke missbraucht werden. Es bedeutet Enteignung von Millionen von Bauern, deren Leben von der gewohnheitsrechtlichen Nutzung ihres Landes abhängt, insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es bedeutet, dass Internetnutzern durch sich permanent ausweitende Urheber- und Verwertungsrechte und internationale Verträge Kultur vorenthalten wird. Es bedeutet eine Entmündigung der Bürger in vielen Lebensbereichen.

Überall auf der Welt entstehen Projekte und Innovationen, die auf der Idee der Commons gründen (Kapitel III und IV). Ganz gleich, ob es sich um die gemeinschaftliche Nutzung von Dingen handelt oder um allmähliche Schritte wie beim Aufbau einer chilenischen Fischereiallmende, um die Wiederentdeckung der Obstallmende in Deutschland – die es Menschen erlaubt zu ernten, was der Markt ignoriert – oder um den Versuch der Schaffung einer internationalen Institution des Rohstoffmanagements, die eine megabiodiverse Region in Ecuador vor der Ölförderung und uns alle vor steigenden CO₂-Emissionen bewahren soll. Nicht zu vergessen die aufregenden Innovationen in der digitalen Welt – der rasante Aufstieg von Creative Commons oder die Fülle an Peer-to-Peer-Projekten. Sie alle gewinnen gesellschaftlich an Bedeutung – und an Bekanntheit durch dieses Buch.

Eine »einheitliche Sicht auf die Commons« bieten wir nicht – schließlich wäre das ein Widerspruch in sich. Dafür eröffnet sich den Leserinnen und Lesern ein farbenprächtiges Kaleidoskop von Commons-Perspektiven und Perspektiven auf die Commons. Durch den Sehsplatt wird sichtbar, wie Commons als intellektuelles Fundament und politische Philosophie verstanden werden können, die konkrete soziale Praktiken begründen. Man kann die Commons aber auch als (experimentierfreudige) Art und Weise des Seins oder gar als geistige bzw. spirituelle Haltung betrachten. Oder man versteht sie als Weltsicht. Und genau genommen sind Commons all dies zusammen. Um das zu beschreiben, bedarf es eines frischen und modernen Wortschatzes, der die Logik der Commons angemessen abbildet. Diese Logik führt aus der Sackgasse marktfundamentalistischer Politik und stellt unsere Sozial- und Naturbeziehungen in den Mittelpunkt.

Erwarten Sie kein »Gewusst-wie-Handbuch« und noch viel weniger Vollständigkeit. Der Band bleibt trotz aller Fülle ein bescheidener, selektiver Überblick über wichtige Diskussionen und Ansätze zum Thema in diesem historischen Moment. Einige Perspektiven und Themen werden Sie vermissen (so wie wir). Andere sind nur unzureichend beleuchtet – etwa die Rolle der Kunst, die Relevanz der Gender-Dimension, die Einhegung des Weltraums, unsere Handhabe des Äthers (durch Funk und Fernsehen), die Rolle der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, die Bewertung von Zukunftstechnologien wie Nanotechnologie und Geo-Engineering und andere mehr. Doch wer im Laufe der Lektüre lernt, die Welt durch die Brille

der Commons zu sehen, wird diese Brille fortan bei sich tragen. Durch sie ergeben sich vielfältige, individuelle Commons-Begegnungen mit all jenen Themen, die wir nur streifen konnten. Darauf vertrauen wir.

Jenseits von Markt und Staat

Seit Generationen haben Staat und Markt eine enge, ja symbiotische Beziehung entwickelt. Sie verschmolzen schließlich zu dem, was man ein Markt-Staat-Duopol nennen könnte. Markt und Staat verfolgen oft eine gemeinsame Vision von technologischem Fortschritt und Wettbewerb, (zumeist) eingebettet in ein liberales, nominell demokratisches Gemeinwesen, dessen Kern individuelle Rechte und Freiheiten sind. In dieser gemeinsam konstruierten Weltsicht ist die Rollenverteilung komplementär, aber das Bemühen gleich: (de facto unerreichbares) Endloswachstum und Konsumentenzufriedenheit.

Der Markt bestimmt dafür den Preis. Er verwaltet Personen, Kapital und Ressourcen, um materiellen Wohlstand zu generieren. Der Staat repräsentiert den Willen des Volkes, während er zugleich das Funktionieren des »freien Marktes« so einfach wie möglich macht. Das zumindest ist die große Erzählung. Nach diesem Ideal des »demokratischen Kapitalismus« maximiert sich das Wohlbefinden des Konsumenten, der zugleich immer mehr politische und wirtschaftliche Freiheiten genießt.

Historisch gesehen waren Markt und Staat füreinander durchaus fruchtbar. Die Märkte haben die staatlich bereitgestellten Infrastrukturen genutzt und davon profitiert, dass Investitionen und Marktaktivitäten staatlich durchgesetzten Regeln folgen. Ihnen kamen und kommen der kostenlose oder vergünstigte Zugang zu Wäldern, Mineralien, zur Atmosphäre und dem elektromagnetischen Spektrum, zu Forschungsmitteln und anderen öffentlichen Leistungen zu Gute. Der Staat wiederum, so wie er heute verfasst ist, hängt vom Wirtschaftswachstum ab, das auf dem Markt produziert wird. Es ist (potentiell) Quelle für Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Wer politisch Verantwortung trägt, definiert daher das Wirtschaftswachstum als Königsweg zur Verteilung von materiellem Reichtum und sozialen Chancen.

Die multiplen Krisen der Gegenwart, zuletzt die Finanzkrise von 2007/2008, haben jedoch gezeigt, dass die Lehrbuchweisheiten des demokratischen Kapitalismus weitgehend eine Farce sind. Die politischen und persönlichen Verbindungen zwischen den größten Unternehmen und staatlichen Institutionen sind enorm. Der freie Markt reguliert sich so wenig von »unsichtbarer Hand«, wie er ausschließlich privat ist. Er ist weitgehend abhängig von staatlichen Interventionen und Subventionen, von Maßnahmen zur Risikobegrenzung und rechtlichen Privilegien, mitunter auch von militärischer Sicherung der Handelswege und Energiequellen. Dieser Markt vernachlässigt die Präferenzen kleiner Investoren, die Interessen von Menschen mit geringer Kaufkraft und die Natur, so wie der Staat nicht wirklich den souveränen Willen des Volkes repräsentiert. Das System erinnert an ein elitäres Insider-Oligopol. Transparenz ist minimal, Regulierung wird durch Wirtschaftsinteressen korrumpiert, Rechenschaft bleibt politisch manipuliert, und die Mitbestimmung der Bürger beschränkt sich nicht selten auf die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub. In einigen Ländern macht sich der Staat zum Juniorpartner von Clans, dominanten Ethnien oder mafiösen Strukturen. In an-

deren zum Juniorpartner eines marktfundamentalistischen Projekts. Fortschreitende Privatisierung, Deregulierung, Budgetkürzungen, expansive private Eigentumsrechte und ungehinderter Investitionszugang sind die Schlagworte dieses Prozesses. Der Staat fungiert hier als Feigenblatt. Eingriffe, die den Marktexzessen vorbeugen sollen, haben meist nur den Effekt von Beruhigungsmitteln. Sie lassen das eigentliche Problem unangetastet. Mehr noch: Sie legitimieren nicht selten die Prinzipien und Verfahrensregeln des Marktes. Am Ende beherrschen die Marktkräfte die wichtigen politischen Themen. In den USA sind Unternehmen als juristische »Personen« sogar berechtigt, Kandidaten für politische Ämter unbegrenzte Mengen an Geld zur Verfügung zu stellen.

Dazu kommt, dass politische Ziele kurzfristig erreicht werden müssen. Die Regierungen von Nationalstaaten (sowie unsere parlamentarischen Vertretungen) erweisen sich deshalb oft als unfähig, in langen Zeiträumen zu denken. Und mit seinen mürben, bürokratischen Strukturen mutet der Staat im Zeitalter der elektronischen Vernetzung ohnehin wie ein chronischer Zuspätkommer an. Nein, die Annahme, der Staat würde und könnte eingreifen, um die Interessen der Menschen zu vertreten, ist eine zerbrechende Illusion.

In dem Maße, wie sich dieses Markt-Staat-Duopol unserer Gesellschaften bemächtigte, korrumpierte sich auch unsere Sprache. Der konventionelle politische Diskurs, selbst ein Artefakt aus einer anderen Zeit, vermag weder unsere Probleme adäquat zu benennen, noch Alternativen zu formulieren oder Visionen zu entwerfen. Die Fallstricke der derzeit dominierenden politischen Sprache sind eng gespannt. Dualismen wie »öffentlich« versus »privat« und »Staat« versus »Markt« gelten als selbstverständlich. Als Erben von Descartes sind wir es gewohnt »subjektiv« von »objektiv« zu unterscheiden und »Individuum« von »Kollektiv«. Wir fassen sie als Gegensätze auf. Auch das sind Relikte – lexikalische Erbschaften, die das Relationale verschleiern, die Tatsache, dass das Eine mit dem Anderen untrennbar verbunden ist. Noch sind diese Dualismen in unser Denken eingegraben. Das wird vor allem spürbar, wenn wir die Probleme der Gegenwart analysieren (oder deren Analyse in den Medien verfolgen) und wenn wir uns das Spektrum an Lösungen vergegenwärtigen, das gemeinhin für plausibel gehalten wird. »Entweder – oder«, heißt es dann. Ganz oder gar nicht. So segnet die Sprache des Kapitalismus dessen Zweckbestimmungen und Machtverhältnisse ab und vernagelt unser Denken mit einem schwer zu durchbohrenden Brett. Deswegen sind Commons so wichtig.

Die transformierende Sprache der Commons

Der Commons-Diskurs überwindet die Kategorien der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Er identifiziert die Beziehungen von Belang und deren operative Logik – sowohl in der Art, wie wir produzieren, als auch in der Art, wie wir unsere gesellschaftlichen Verhältnisse ordnen.

Commons bieten uns die Möglichkeit, die Dinge so beim Namen zu nennen, dass wir nicht blindlings die Fiktionen der alten Ordnung wiederholen, etwa: dass nur das Wirtschaftswachstum unsere sozialen Missstände zu lösen im Stande sei oder dass Regulierung die ökologische Krise meistern könne. Wir brauchen ein

Umdenken, neue soziale Praktiken *und* einen neuen Diskurs, so dass sich die Funktionsprinzipien dieser großen Erzählung und mit ihnen eine neue »Regierungsweise« (Governance) durchsetzen können. Nennen wir sie Commonance. Die Governance der Commons.

Worte haben performative Kraft. Sie gestalten die Welt. Deshalb ist es alles andere als Phantasterei, nach einer Sprache zu suchen, die die Grundmuster der Commons-Praxis spiegelt. Diese Praxis nennen wir Commoning. Schon in dem Moment, in dem wir die Sprache der Commons nutzen, beginnen wir, eine andere Kultur zu schaffen. Wir hören auf, Kunden oder Manager zu sein, Businessmodelle, Vertriebsoptimierungspläne und Alleinstellungsmerkmale zu ersinnen oder uns permanent mit den Konkurrenten abzugleichen. Wir beginnen, in Beziehung zu sein, als Commoners, eine Kultur der Treuhänderschaft, Mitverantwortung und Teilhabe für die gemeinsamen Ressourcen zu entwickeln und zugleich das Recht auf die Gestaltung des eigenen Lebensraums und der eigenen Lebensverhältnisse zu verteidigen. Wir erkennen uns als interaktive Akteure größerer Gemeinschaften und Zusammenhänge. Das ist unserer Individualität nicht abträglich, aber es prägt unsere Vorlieben, Perspektiven, Werte und Verhaltensweisen, kurz: wer wir sind.

Wir sind keine isolierten, atomistischen Wesen, keine Amöben, denen nichts Menschliches anhaftet außer utilitaristischen Präferenzen, die auf dem Markt verhandelt werden. Nein: Wir sind kreative, unverwechselbare Individuen als Teil von vielfältigem Größerem. Commoners. Zweifellos haben wir auch unattraktive Züge, die aus individuellen Ängsten und unserem Ego resultieren, aber wir sind in der Lage zur Selbstorganisation und zur Zusammenarbeit. Wir streiten für Fairness und soziale Gerechtigkeit, tragen bei zum Allgemeinwohl und zur Sorge für künftige Generationen.

Die Sprache der Commoners hilft, diesen Anteil in uns zu erkennen und durch die Praxis zu stärken. Sie fordert uns auf, die veralteten Dualismen der Marktkultur und die damit verbundene mechanistische Denkweise zu überwinden – und über die Welt in ganzheitlicher Weise und langfristiger Perspektive nachzudenken. Wer dies tut, sieht, dass das Verhalten des Einzelnen auf andere und auf das Ganze zurückwirkt, und begreift, dass die Entfaltung des Einzelnen die Entfaltung der anderen voraussetzt und umgekehrt. Das sind – selbstredend – komplexe soziale Prozesse.

Der Mythos des Marktes, der den »Selfmademan« feiert, ist absurd. Er ist eine selbstgefällige Täuschung, der die Rolle und die Leistungen der Familie, der Gemeinschaften, der Netzwerke, der Institutionen und der Naturbeziehungen unterschätzt.

Viele Pathologien der heutigen Wirtschaftsweise nähren sich vom Substrat der dualisierenden Sprache. Und tatsächlich erweist sich bei genauerem Hinsehen deren Verwendung für die elitären Wächter des Markt-Staat-Duopols als sinnvoll. Ein Konzern etwa stellt sich in der Regel als »privater« Akteur dar, der über den meisten Problemen der Gesellschaft schwebt. Doch sein Zweck ist einfach: Kosten minimieren, Umsatz maximieren, Gewinne erwirtschaften, Investoren zufriedensstellen. Dies ist seine institutionelle DNA. Sie wurde – im unbarmherzigen Streben nach Wachstum – entworfen, um produzierend Gewinne zu erwirtschaften und dabei die sozialen und ökologischen Schäden (von Ökonomen camouflierend als »externe Effekte« beschrieben) zu ignorieren.

In den letzten Jahren haben sehr viele Menschen die Konsequenzen dieses Denkens und dieser Kultur verstanden: Wir sind in den wichtigsten Lebensbereichen in ein globales Wirtschaftssystem integriert, das soziale Spaltung produziert und endliche natürliche Ressourcen (Öl, Mineralien, Wälder, Fischerei, Wasser) in abstrakte Finanzprodukte verwandelt. Peak Oil, Peak Everything und die globale Erwärmung lassen vermuten, dass diese Dynamik zeitlich begrenzt ist, denn die Natur hat reale Grenzen. Das ist der rote Faden des Dramas, das im nächsten Jahrzehnt zur Aufführung kommt. Die Frage ist, ob der Kapitalismus in der Lage ist, ihn zu erkennen und die realen Grenzen zu respektieren.

Die Prämissen des »demokratischen Kapitalismus« betreffen auch Wissen, Kultur und Informationen. Sie verbreiten sich wie das Licht, schranken- und grenzenlos. Anders als bei endlichen Ressourcen geht es in der Logik des Marktes darum, Kultur, Wissen und Informationen gezielt zu verknappen, um maximalen Gewinn aus immateriellen Vermögenswerten (Worte, Musik, Bilder) zu ziehen. Das ist der Hauptzweck der permanenten Erweiterung von Urheber- und Patentrecht. Dieser Imperativ wird immer deutlicher, denn digitale Technologien haben die Vervielfältigung von Informationen und kreativen Arbeiten im Wesentlichen frei gemacht und damit gewohnte Geschäftsmodelle untergraben.

In allen Bereichen – Soziales, Natur und Kultur – werden Commons, ein wichtiges Mittel zur Befriedigung vieler Grundbedürfnisse, fragmentiert und in den Dienst des globalen Marktes gestellt. Die Natur wird zur Ware; Commons zu isolierten Individuen, Konsumenten und Arbeitnehmern. Gemeinsame Ressourcen, die niemandes alleiniges Eigentum sind, werden zum Rohstoff für die Herstellung von Produkten für den Verkauf degradiert. Und wenn der letzte Rest monetarisiert ist, gehen die unvermeidlichen Abfälle des Marktes zurück in die Commons. Die Regierung ist damit betraut, diese Reste einzusammeln und die »externen Effekte« zu beseitigen. Dieser Aufgabe kann sie nur unzureichend nachkommen, denn im neoliberalen Paradigma gibt es andere Prioritäten. Sie treiben den heimtückischen Prozess der Einhegung voran. Dabei werden Enteignung und Plünderung häufig als rechtmäßig, vernünftig und fortschrittlich dargestellt.

Ein prominentes Beispiel dafür ist die Welthandelsorganisation, die für Entwicklung durch freien Handel sorgen soll und entsprechend für transparente Regeln und deren Einhaltung auf dem Weltmarkt. Dabei ist sie im Wesentlichen ein System, das die Einverleibung noch nicht kommodifizierter Ressourcen und fragiler Ökosysteme in den Markt sowie die Enteignung der Communities rechtlich legitimiert. Um das durchzusetzen, bedarf es eines zunehmend komplexen Gesetzes- und Verwaltungsapparats, intellektueller Rechtfertigungen und politischer Unterstützung. In anderen Worten: Einhegung muss durch Propaganda, Lobbyarbeit und gezielt gestreute Zwietracht salonfähig gemacht werden. Im Ergebnis werden Lebewesen privatisiert, von Vielfalt geprägte Anbauflächen durch Monokulturen verdrängt, Inhalte im Internet zensiert, Kommunikationsinfrastrukturen kontrolliert, die Grundwasservorräte genutzt, um die Flaschenwasserindustrie zu fördern, indigenes Wissen und Kultur enteignet und sich selbst reproduzierende Nutzpflanzen in sterile Samen verwandelt, die immer wieder nachgekauft werden müssen. Diese Funktionslogik unseres Wirtschaftssystems erfordert ständig neue Ressourcen – die moralisch oder rechtlich allen gehören –, um sie in handelbare Güter umzuwandeln.

Unsere moderne Idee von »der Wirtschaft« wurde durch all dies mit geformt. Auch sie ist geprägt von Dualismen. Es gibt das, was sich rechnet – Dinge, die einen Preis haben – und das, was nicht zählt – Dinge, die qualitative, ethische, subjektive Werte verkörpern. Im Laufe der Zeit kommt die Marktwirtschaft als universelles, ahistorisches, natürliches Phänomen daher, ein Moloch, der irgendwie seit Anbeginn existierte und den niemand kontrollieren kann. Ein System, das zum psychisch sensiblen Subjekt geworden zu sein scheint und geradezu menschliche Züge trägt: Von »nervösen«, »angespannten« und »stark irritierten« oder »erleichterten« und »zufriedenen« Märkten hören und lesen wir täglich in den Medien.

Der Alptraum der Einhegungen hat viele Menschen in Bedrängnis gebracht, denn in dieser Welt genießen unsere ökologischen Lebensgrundlagen, Gemeinschaftlichkeit, Gewohnheitsrecht und Selbstorganisation keinen systematischen rechtlichen Schutz und keine kulturelle Anerkennung.

Generative Commons

Die Debatte über Commons erlaubt es, uns »außerhalb« der dominanten Wirtschaftsweise (und ihrer Dichotomien) zu stellen. Das gelingt nicht nur mit einer neuen Sprache, sondern vor allem mit einer Praxis, die einen umfassenderen Begriff von »der Wirtschaft« (besser: von »dem Haushalten«) spiegelt. Commons fördern Sozialbeziehungen und Gemeinschaftlichkeit. Sie sind jene vielfältigen Formen gemeinsamen Sorgetragens, die für die am *Homo oeconomicus* orientierten Marktökonom*innen weithin unverständlich bleiben. Sie ermöglichen uns, das Wertvolle des Unveräußerlichen in den Blick zu nehmen: den Schutz gegen die Verbetriebswirtschaftlichung von allem und jedem. Die Beziehungen zur Natur müssen nicht an Verwertung und Extraktion orientiert sein – sie können den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Fairness folgen. Für die Menschen der südlichen Hemisphäre sind Commons mehr gelebte Realität als Metapher. Gerade von dort kommen Impulse, um Commons als *Alternative* zum klassischen Entwicklungsdenken zu verstehen.

Immer wieder wurden Commons als Niemandsland, als *res nullius*, angesehen; als Orte ohne Eigentümer und ohne Wert. Doch ungeachtet dieser Tatsache und ungeachtet des häufigen Kurzschlusses, die Commons als »tragisch« abzutun, sind sie unheimlich produktiv. Sie füllen das Reservoir, aus dem wir Leben und Nutzen schöpfen. Das »Problem« ist, dass sich dieser Nutzen nicht einfach messen lässt. Es gibt keine skalare Größe, die ihn misst, so wie der Preis es mit handelbaren Werten tut. Den schöpferischen Prozessen der Commons auf die Spur zu kommen, ist komplexer und langfristiger als für die Mandarine des Marktes denkbar, denn Commons neigen dazu, ihre Gaben in der Dynamik des Lebens selbst zum Ausdruck zu bringen. Wir können sie nicht fixieren. Und schon gar nicht zählen wie Aktien und Inventar. In diesem reichtumschaffenden Prozess des Commoning, geht es nicht darum, Dinge zu produzieren oder Rendite zu erzielen. Es geht um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die Integrität von Sozialbeziehungen. Es geht um den schöpferischen Prozess selbst und um die gerechte Verteilung des Reichtums, der in den Commons reproduziert wird.

Eine commons-sensitive Architektur von Recht und Politik

Commoners sind sehr verschieden, und sie wissen nicht unbedingt im Voraus, wie ein gemeinsames Ziel vereinbart und verfolgt werden kann. Die einzige verallgemeinerbare Aussage ist daher, dass wir überall (Frei-)Räume für den intensiven und konstruktiven Dialog und für das Ausprobieren von Regeln und Vereinbarungen brauchen.

Die Belastbarkeit der Commons hängt auch davon ab, dass Institutionen und Gesetze diese Vereinbarungen nicht unterlaufen: Wir brauchen Gesetze, Institutionen und eine Politik, die Commoning leichter machen (Kapitel V). Wir brauchen einen Staat, der Allmendeprinzipien aktiv unterstützt und deren Torpedierung sanktioniert, so wie er derzeit das Marktprinzip unterstützt und dessen Übertretung sanktioniert. Commoners müssen ihre Interessen deutlich machen und dazu beitragen, dass Commons-Prinzipien im Mittelpunkt politischer und rechtlicher Innovation stehen. So konstituiert sich beides neu: Bürgerschaft und Governance.

Seitdem die Dysfunktionalitäten des Staates in der Unfähigkeit, die Finanzkrise strukturell zu lösen oder der ökologischen Zerstörung wirksam zu begegnen, deutlich wurden, hat der Staat ein vermehrtes Interesse daran, dass die Menschen Aufgaben übernehmen, die er selbst nicht lösen kann. Doch damit dieser Prozess tatsächlich unseren Lebensinteressen dient und nicht in unverantwortlicher Staatsverschlingung und Vereinnahmung endet, muss der Staat zunächst die Vielfalt kollektiver Eigentumsformen anerkennen und es den Menschen tatsächlich ermöglichen, dass sie Mitbesitzer und -verwalter der Gemeinressourcen sind. In der jüngeren Geschichte hingegen wurden Commons von der Politik ignoriert. Projekte oder Netzwerke waren gezwungen, ihre eigenen Lösungen und Regeln zu entwickeln, um kollektive Rechte zu verteidigen. Prominente Beispiele hierfür sind die General Public License für freie Software (und andere kulturelle Inhalte) sowie Rechtsformen zur gemeinsamen Nutzung von Wohnraum und Land (Land Trusts, Mietshäusersyndikate), Beispiele, in denen Commons, obwohl formal in Privateigentum befindlich, von allen in Besitz genommen werden (»Eigentum außen sorgt für Commons innen« [Rose 2003]). Die Zukunft der Commons wäre vielversprechender, würde der Staat formale Chartas und Rechtsnormen für die Commons vorantreiben und in seine Institutionen einschreiben. Dass wir davon weit entfernt sind, lässt sich an einigen Analysen dieses Bandes deutlich ablesen.

Auch die Marktstrukturen gilt es neu zu erfinden und zwar so, dass die alten, zentralen (oft monopolisierten) kapitalistischen Unternehmensstrukturen nicht die lokalen Alternativen, die solidarischen Ökonomien oder die sozial verantwortlichen Geschäftsmodelle erdrücken. Unternehmen sind durchaus in der Lage, ihre Interessen der Gewinnmaximierung den langfristigen Interessen ihrer Gemeinden und der Menschen unterzuordnen. Community Supported Agriculture (CSA), die Slow-Food-Bewegung und Fair-Trade-Unternehmen sind nur einige Beispiele.

Wo immer Keimformen neuer Commons auftauchen, bilden sie ein Spannungsverhältnis mit dem Bestehenden, denn sie müssen oft innerhalb des existierenden Systems von Recht und Politik bestehen. Die doppelte Gefahr der Koptierung und Domestizierung ist eine Herausforderung, gegenüber der jedes Projekt sein transformatives Potential behaupten muss. Dabei ist klar, dass es

unter Commoners immer strategische Auseinandersetzungen über die »Reinheit« eines Commons geben wird. Da sind einerseits jene, die möglichst geringe oder keine Schnittflächen mit den Märkten bevorzugen, und andererseits jene, die meinen, ihre Communitys gedeihen gerade in der Wechselwirkung mit den Märkten. In diesem Buch begegnen sie beiden. Der permanente Abgleich zwischen ihnen ist wichtig und kann sehr kreativ sein. Doch auch tiefere philosophische Spannungen innerhalb der Commons-Bewegung sind nicht ausgeschlossen. Diese Spannung wird (und sollte) nie vergehen. Sie wirft wichtige Themen auf, die kontrovers diskutiert werden, doch die alles entscheidende Frage für Commoners ist: Wofür produzieren wir eigentlich?

Die Frage ist einfach zu beantworten: Für das Leben. Bei den Commons – verstanden als Lebensnetz – geht es primär um die Befriedigung von Bedürfnissen und die Erweiterung einer commons-basierten Kultur. In anderen Worten: Es geht darum, dass Commons Commons produzieren. In der Geschichte menschlicher Zivilisation gab es immer eine jeweils dominante Organisationsform. In Stammesgesellschaften war es die Schenk-Ökonomie; in vorkapitalistischen Gesellschaften wie dem Feudalismus die Hierarchie. Chancen wurden auf der Grundlage des sozialen Status verteilt. Im Kapitalismus ist der Markt das primäre System, das sozialen Status, Reichtum und Entwicklungschancen zuteilt. Jetzt, wo die Grenzen des marktfundamentalistischen Kapitalismus überall auf der Welt offenbar geworden sind, stellt sich die Frage, ob sich die Sphäre der Commons so ausweiten kann, dass sie die dominante gesellschaftliche Form wird. Wir hoffen, die Beiträge dieses Buches tragen dazu bei, dass es mehr Forschung zu diesen Fragen gibt und dass Freiräume für Initiativen des Commoning auf allen Ebenen gefördert werden.

Wir leben in einer spannenden Zeit. Sie gehört zu den seltenen historischen Momenten, in denen alte, verkrustete Denkkategorien (auf-)brechen und Neuem Platz bieten. Doch jeder Übergang zu einem neuen Paradigma setzt voraus, dass genügend Menschen aktiv Teil der Geschichte werden und sich diese neuen Kategorien – in ihrer und durch ihre Lebenspraxis – aneignen. Hoffnung für unsere Zukunft liegt allein in den Menschen.

Wir sind auf Kooperation geeicht. Dies prädestiniert uns, eine vielfältige Kultur des Commoning zu entwickeln. Tatsächlich erlebt die Sprache der Commons auch deshalb einen Aufschwung, weil sie in uns Resonanz erzeugt. Sie berührt uns. Sie spornt uns an, die beengende politische Kultur und Denkweise abzuschütteln, die das Markt-Staat-Duopol uns aufzwingt.

Literatur

Rose, Carol M. (2003): Romans, Roads and Romantic Creators. Traditions of Public Property in the Information Age, in: *Law Contemporary Problems*, 66, Winter/Frühjahr.